

Reisebericht DR Kongo 2019 (Stand Oktober 2019)

Politische Situation

Seit Ende August 2018 steht die neue Regierung der DR Kongo unter dem Präsidenten Felix Tshisekedi, den Vorsitzenden der langjährigen Oppositionspartei UDPS. Aufgrund der jüngst neuberufenen Minister ist es zu dem Zeitpunkt der Reise für die Gesprächspartner nicht möglich, eine Einschätzung zur Arbeit der Regierung zu geben. Akteure aus Kirche und Zivilgesellschaft und Vertreter der Botschaften beobachten den Kurs der Regierung und bewerten erste Amtshandlungen Tshisekedis.

Deutlich zu erkennen ist eine Annäherung der Länder der Europäischen Union und den USA an die neue kongolesische Regierung. Besonders die USA sicherte dem Präsidenten eine starke Unterstützung zu und bleibt weiterhin der größte Geldgeber für humanitäre Angelegenheiten und für die Vereinten Nationen (VN)-Blauhelmtuppe MONUSCO. Im Juni kündigte Tshisekedi bekannt, mit der militärischen US-Mission in Afrika *Africom* enger zusammen arbeiten zu wollen. Die Amerikaner sind neben der militärischen Zusammenarbeit an der Belebung der wirtschaftlichen Kooperationen (mineralische Rohstoffe wie die 3TGs¹ aber auch Gas u.a.) interessiert und einer der Hauptabnehmer der TGs für ihre Endprodukte.

Belgien und Deutschland verhalten sich gegenüber der neuen Regierung unter Tshisekedi zögerlicher. Zwar haben alle europäischen Länder den Präsidenten anerkannt, allerdings wird deutlich über eine strategische Machtübergabe gesprochen als dass Tshisekedis Sieg ein Resultat demokratischer Wahlen gewesen sei. Beide Länder zeigen sich dennoch offen, mit der neuen Regierung in Verhandlungen zu treten. Der Wunsch nach einer erneuten wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Kooperation ist vorhanden. Seit 2016 sind viele bilaterale Projekte mit Ländern der Europäischen Union (EU) suspendiert und es fanden bspw. seit 2016 keine Regierungsverhandlungen zwischen der DR Kongo und Deutschland statt. Betont wird seitens der Botschaften, dass die erneute Zusammenarbeit an Strukturprogramme und Reformen gebunden sei wie den Kampf gegen die Korruption, der gute Wille der Regierungen, Reformen im Sinne des Wohlergehens der Bevölkerung voranzubringen sowie Infrastruktur- und Bildungsprogramme zu fördern.

Eine Auflockerung der bis vor den Wahlen 2018 enorm angespannten Beziehungen zwischen Belgien und der DR Kongo zeigt sich unter anderem in der Wiedereröffnung der zentralen Visastelle für die EU in Kinshasa dem *Centre Européen des Visas*. Zudem soll in Lubumbashi das belgische Konsulat (wieder) eröffnet werden.

Momentan steht die kongolesische Regierung in Verhandlungen mit großen Geldgebern wie der Weltbank. Für kirchliche und zivilgesellschaftliche Akteure ist es wichtig, dass die Wiederaufnahme der Kooperation an klare Kriterien v.a. Transparenz, Monitoring durch die Zivilbevölkerung bei Vergabe von wirtschaftlichen Konzessionen (Kenntnis der betroffenen Gemeinden über Großprojekte), Korruptionsbekämpfung, Monitoring der Staatsausgaben und der Menschenrechte, Entmachtung der alten Regierung und des vormaligen Präsidenten Kabila gebunden ist.

Die meisten Gesprächspartner sind skeptisch, dass der Präsident eine von Kabila losgelöste Politik zum Wohle der Bevölkerung durchsetzen kann und wird. Bereits einen Monat nach Aufnahme der

¹ 3 TGs stehen für die mineralischen Rohstoffe Zinn, Tantal (Coltan) und Wolfram sowie Gold. Diese Erze fallen unter die EU-Konfliktmineralienverordnung von 2017 und den US-amerikanischen Dodd-Frank Act 1502 von 2010.

Regierungsarbeit unter den neuen Ministern zeichnen sich starke Spannungen innerhalb der Koalition der beiden politischen Bündnisse CACH unter Präsident Tshisekedi und FCC unter dem ehemaligen Präsidenten Kabila ab. Neben den fehlenden politischen Erfahrungen des neuen Präsidenten werden auch erste politische Skandale als Hürde für einen gelungenen Regierungsstart gewertet. Steuerprobleme und die verschwundenen 15 Mio. \$ Steuergelder hätten eigentlich zur Konsequenz führen sollen, sich von dem Kabinettschef Vital Kamerhe zu trennen². Dem Staat gehen aufgrund der Steuerflucht pro Jahr um die 12 Mrd. US \$ verloren.

Kabila übt weitehrhin einen großen Einfluss in der Politik³ aus und verfolgt starke wirtschaftliche Interessen. Die große Herausforderung für einen politischen Wandel ist die fehlende Legitimität Tshisekedis und seine fehlende Kontrolle über Schlüsselinstitutionen. Politiker aus der FCC unterstehen wichtige Ministerien wie das Justizministerium. Das Verfassungsgericht ist mit Kabila-treuen Juristen besetzt. Mit Sylvestre Ilunga Ilunkamba wurde ein enger Gefolgsmann Kabilas zum Premierminister ernannt. Tatsächlich hat Tshisekedi mit dem Präsidialamt nur eine der fünf tragenden Institutionen (Präsidialamt, Parlament, Justiz, Armee und Sicherheit) unter seiner Kontrolle.

Tshisekedi hat sich bei seinem ersten offiziellen Amtsantrittsbesuch in Belgien für eine Auflockerung der EU-Sanktionen gegen 14 kongolesische Personen eingesetzt.⁴ Zivilgesellschaftliche Akteure halten an einer Verlängerung der EU-Sanktionen fest und fordern zusätzlich die Verhängung von Sanktionen gegen den ehemaligen Präsidenten Kabila und seinen engsten (Familien-) Kreis. Dem schließt sich der Ruf nach einer strafrechtlichen Verfolgung der Personen, die sich nachweislich für Menschenrechtsverletzung vor und während der Präsidentschaftswahlen verantwortlich gemacht haben, an. Eine deutliche Forderung ist zudem die Beseitigung des immer noch bestehenden Klientelismus-Systems, das Kabila aufgebaut hat und von dem der ehemalige Präsident nach wie vor profitiert.

Zudem macht Tshisekedi Versprechungen wie die kostenfreie Grundschulbildung ohne eine Strategie und ein dementsprechendes Budget für die Bezahlung der Gehälter der Lehrer vorzulegen. Bei der angekündigten Bezahlung des Mindestlohns von 245 US\$ monatlich würden insgesamt zwei Mrd. US\$ jährlich benötigt, was angesichts des gesamten Haushaltes von fünf Mrd. US\$ pro Jahr nicht realisierbar ist. Nach der Verkündung der Reform folgten Ende September fast zweiwöchige Streiks und Demonstrationen von Lehrern, die an Primärschulen arbeiten und keinen Lohn erhalten haben. Für große Unruhe sorgt neben der ausbleibenden Bezahlung, die Tatsache, dass alle Grundschullehrer ohne Beamtenstatus von der Reform ausgeschlossen sind. Vielen Lehrern mit abgeschlossenem Studium fehlt aber diese amtliche Beglaubigung. Auch wurde die Prioritätensetzung kritisiert. Bildung sei wichtig und populär, aber auch andere Sektoren wie Militär, Polizei und Gesundheit müssen berücksichtigt werden.

Die Opposition ist sehr geschwächt aus den Wahlen hervorgegangen. Der unterlegene Präsidentschaftskandidat Martin Fayulu (LAMUKA) fordert weiterhin die Aberkennung des Wahlsieges von Tshisekedi und die erneute Auszählung der Stimmzettel sowie die Veröffentlichung der Wahlergebnisse. Die oppositionelle Plattform LAMUKA hat eine Zusammenarbeit mit Tshisekedi abgelehnt, da er sich nicht von seinem Vorgänger distanziert. Die verhinderten Präsidentschaftskandidaten Jean-Pierre Bemba und Moise Katumbi sind in die DR Kongo zurückgekehrt.

² Der Vorsitzenden der Partei UCN, Vital Kamerhe, ist unter Tshisekedi Kabinettschef. Er soll in einen Betrugsfall verwickelt sein, in dem 15 Mio. US \$ Steuererlöse aus einem Ölgeschäft aus den kongolesischen Kassen veruntreut wurden.

³ Er ist gemäß Verfassung Senator auf Lebenszeit und zudem Vorsitzender seines Parteienbündnisses FCC.

⁴ Nachtrag: Am 9. Dezember 2019 hat der Europäische Rat beschlossen, für zwei Personen die Sanktionen aufzuheben und gegen die weiteren 12 Personen aufrecht zu erhalten.

Wahlzyklus

Der Wahlzyklus in der DR Kongo ist laut Verfassung und Wahlkalender noch nicht abgeschlossen. Zwar überschatten die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen die Ereignisse und konstatieren, dass damit die wichtigsten politischen Weichen gestellt sind, aber die Durchführung der Lokalwahlen steht (seit 2006) aus. Laut Wahlkalender hätten diese im März 2019 stattfinden sollen. Im Zuge der Verschleppung der Präsidentschaftswahlen gerieten sie erneut aus dem Fokus. Auf der politischen Agenda der EU und der USA spielen die Lokalwahlen keine Priorität in ihren Forderungen an die Regierung. Auch von kongolesischer Regierungsseite werden diese Wahlen nicht erwähnt. In den öffentlichen Fokus geraten dafür die Diskussionen um die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2023. Mehrfach wurde von einer Rückkehr Kabilas in die Politik 2023 gesprochen.

Das Mandat der unabhängigen Wahlkommission CENI ist im August 2019 ausgelaufen. Daher ist eine der ersten Forderungen seitens vieler zivilgesellschaftlichen Akteure, der Kirchen wie der ECC und der katholischen Bischofskommission CENCO, eine Reform der CENI unter neuem (zivilgesellschaftlichen) Mandat und als nächster Schritt die Organisation und Durchführung der Lokalwahlen. Diese direkten Wahlen werden als wichtiger Schritt für die Dezentralisierung und Stärkung unabhängiger, lokaler Regierungsstrukturen angesehen.

Bis heute hat die CENI die Wahlergebnisse der Präsidentschaftswahlen nicht veröffentlicht. Im Gegenteil, CENI und Regierung haben verlauten lassen, damit zu beginnen, die Wahllisten zu vernichten.

Humanitäre, soziale und Sicherheitssituation

Trotz offensichtlichen Wahlbetrugs ist der Machtwechsel in Kinshasa friedlich verlaufen und die angestiegene Gewalt vor den Wahlen hat mit dem Regierungswechsel im Januar 2019 nachgelassen. Bislang hat der „neue“ politische Wind aber kaum Veränderungen im Alltagsleben der meisten Kongolesen bewirkt. Die sozioökonomische Situation ist sehr schlecht, die Inflation weiter steigend und das Bevölkerungswachstum nimmt zu. Eine zunehmende Migration in die Städte führt zu einer sich verschärfenden Stadt – Landdiskrepanz. Immer mehr junge Leute sind ohne (berufliche) Perspektive, was zusätzlich für sozialen Sprengstoff sorgt und die Gefahr der Rekrutierung durch Milizen oder Zusammenschlüsse in kriminelle Banden verschärft. Die DR Kongo gehört zu den ärmsten Ländern weltweit und steht auf dem Human Development Index (HDI) auf Platz 176 von 189. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 59 Jahren. Die desolote Situation drückt sich auch durch eine Zunahme häuslicher Gewalt und vernachlässigten Kindern aus. In Goma dokumentieren Partner, dass vermehrt Kleinkinder von den Eltern ausgesetzt werden, was sie als neues Phänomen bezeichnen.

Zwar hat die Gewalt in Regionen wie den Kasai-Provinzen abgenommen, dafür nehmen seit Juni 2019 Konflikte in anderen Regionen wieder zu. Einen schwelenden Konflikt beobachtet die katholische Kirche in der ehemaligen Provinz Katanga. Es kam vermehrt zu Zusammenstößen zwischen verschiedenen lokalen Gruppen gegen die Mehrheit der Baluba-Bevölkerung. Dies könnte ähnlich wie die aufflammende Gewalt um die Stadt Yumbi in der Provinz Mai Ndombe 2018 politisch instrumentalisiert sein, da Tshisekedi einen starken Rückhalt bei den Baluba genießt. Immer wieder werden Befürchtungen ausgesprochen, dass eine Destabilisierung in viele Teilen des Landes politisch gewollt ist, um Tshisekedis Präsidentschaft zu schwächen.

Seit April 2019 hat sich die Sicherheitssituation im Südkivu verschlechtert. Neben den lokalen Milizen nehmen Angriffe durch burundische Gruppen wie der FNL und ruandische Milizen und der Miliz FDLR zu. Seit September verstärkten sich die bewaffneten Überfälle vor allem auf die Gemeinschaft der Banyamulenge in den Hauts Plateaux in der Gegend um die Stadt Uvira. Die Banyamulenge selbst haben zur Selbstverteidigung eine eigene Miliz gegründet. 40% ihrer Dörfer wurden zerstört und circa 22.000 Haushalte vertrieben. Ein Vorwurf gegenüber der kongolesischen Armee FARDC lautet, dass

sie Bevölkerung nicht ausreichend beschützen würde. Gegenteilig sollen Teile der FARDC mit Milizen zusammenarbeiten bzw. die Gewalt tolerieren.

Rund 300.000 Menschen wurden nach einer Welle brutaler Angriffe im Juni 2019 durch verschiedene bewaffnete Gruppen in den Provinzen Ituri und Nordkivu vertrieben. Zuvor wurden bereits schätzungsweise vier Millionen Menschen landesweit vertrieben, das sind etwa 10% aller Binnenvertriebenen weltweit.

Um der anhaltenden Gewalt in der Gegend um die Städte Beni/Butembo im Nordkivu Einhalt zu gebieten, hat Tshisekedi neue Generäle eingesetzt. Problematisch ist aber, dass die Truppen nicht ausgewechselt wurden. Zwar soll die für die anhaltende Gewalt verantwortliche Miliz ADF/Nalu geschwächt und ähnlich wie die FDLR-Miliz in verschiedene Fraktionen zersplittert sein, ihre Angriffe aber auch in Kollaboration mit Teilen der kongolesischen Armee FARDC durchführen. Einige Generäle der FARDC bereichern sich an der Bevölkerung und haben Kontrolle über Minen in der rohstoffreichen Provinz. Ein weiteres neues Phänomen in der Stadt Beni ist die gewaltvolle Auseinandersetzung zwischen verfeindeten Jugendbanden unter denen die Bevölkerung leidet. Kidnapping ist nach wie vor ein Sicherheitsproblem in der Region, jüngst wurden zwei Pfarrer in Rutshuru gekidnappt.

Dieses Klima der fehlenden Sicherheit und Straflosigkeit verstärkt die Selbstjustiz und sorgt für eine extreme Unsicherheit in der Bevölkerung. Betont wird immer wieder das Sensibilisierungs- und Ausbildungsmaßnahmen sowie eine feste Besoldung von Polizei und Armee notwendige Schritte für die Herstellung von Sicherheit seien. Eine weitere Herausforderung stellt die Demobilisierung der Milizen dar, welche finanzielle Mittel und nachhaltige Strategien benötigt.

Die VN-Blauhelmtrope MONUSCO gerät immer mehr in die Kritik der Bevölkerung. Ihr Frust entlädt sich in Anschuldigungen gegenüber der Mission wie beispielsweise, dass diese lediglich ein Selbstbereicherungsladen sei, Kumpanei mit Milizen halte, vor allem durch Passivität auffalle und keinen ausreichenden Kontakt zur Bevölkerung habe, zu deren Schutz sie eingesetzt ist.

Unter anderem wird gefordert, dass die Interventionsbrigade der MONUSCO gegen die ADF-Nalu vorgeht und ihre Kommunikationsstrategien auf dem Land verbessert. Seitens der MONUSCO wird die schwierige Zusammenarbeit mit der FARDC thematisiert. Zwar seien die Bedingungen und die Kommunikation für die MONUSCO unter neuer kongolesischer Präsidentschaft besser, aber ein Hauptproblem stelle nach wie vor die Zusammenarbeit mit einer Armee dar, die Menschenrechtsverbrechen begeht und mit Milizen zusammenarbeitet.

Menschenrechtssituation

Menschenrechtsaktivisten und Kirchenvertreter betonen den Rückgang an politischen Verhaftungen und der Öffnung des Meinungs- und Versammlungsraums in den ersten Monaten nach der Amtseinführung Tshisekedis und sprechen von einem Rückgang der Menschenrechtsverletzungen um 8% im Vergleich zum letzten Jahr. Tshisekedi hat nicht legale Gefängnisse schließen lassen, aber es gibt nach wie vor Fälle von verschwunden gelassenen Personen und Inhaftierten ohne Zugang zu Anwälten. Einige Fälle von juristischen Verfahren gegen einzelne Generäle wird als zarter Beginn im Kampf gegen die Straffreiheit gewertet, bspw. die Anklage gegen den Armeechef Gernot Mulumba, eingereicht von einem Lokalpolitiker oder die Festnahme des Polizeichefs in Lubumbashi, nachdem die Polizei auf Demonstranten geschossen hatte.

Positiv ist die Freilassung vieler politischer Gefangenen und ein neuer Diskurs um eine Justizreform, welche mit den momentanen Schlüsselpersonen in Armee, Polizei und Justiz jedoch schwer umsetzbar ist. Der politische Handlungsspielraum verringerte sich im zweiten Halbjahr 2019 wieder mit dem Verbot einzelner Demonstrationen. Zudem besteht weiterhin die Gefahr, dass der Gesetzentwurf zur

Einschränkung des Handlungsspielraumes von NGO von 2016 neu diskutiert wird. Der Initiator dieses Gesetzesentwurfes stellt in der neuen Regierung den Senatspräsidenten.

Die rote Linie für den Präsidenten und die Mehrheit seiner Regierungsmitglieder ist die Vergangenheitsaufarbeitung. Prominent hat sich Tshisekedi gegen eine Aufarbeitung der Vorfälle in den vergangenen Amtszeiten ausgesprochen und kündigte an, vorurteilslos nach vorne zu schauen. Aktivisten hingegen betonen die Notwendigkeit, der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen und Korruptionsvorfällen der vergangenen Jahre, um einen politischen Neustart zu bewirken. Tshisekedi könne sein angekündigtes Wahlversprechen, den Kampf gegen Korruption, nur ernsthaft umzusetzen, wenn Straftaten verfolgt werden. Es liegen juristische Untersuchungen gegen den ehemaligen Präsidenten Kabia und seine Regierung vor.

Die Zivilgesellschaft ist in den großen Städten sehr aktiv und engagiert sich in zivilgesellschaftlichen Bewegungen und Plattformen, um auf lokale Missstände hinzuweisen und Aktionen dagegen zu starten. Die Bürgerbewegung LA LUCHA berichtet von einem permanenten Zuwachs an Mitgliedern und ist in 22 Städten aktiv. Im Südkivu ist die Plattform AMKA ein wichtiger Akteur.

Ebola

Seit Beginn des Ebola-Ausbruchs im Sommer 2018 gibt es mehr als 3.039 bestätigte Krankheitsfälle und mehr als 2013 Todesfälle (Stand Ende September 2019). Das Epizentrum liegt um die Städte Beni/Butembo im Nordkivu. Es ist der erste Ausbruch in einer aktiven Konfliktzone mit schwieriger Erreichbarkeit und Angriffen auf das medizinische Personal, was unter anderem die Bemühungen zur Eindämmung des Virus behindert. Im Oktober 2019 konnte ein Rückgang der Neuinfektionen verzeichnet werden. Aber erneute Übergriffe von Milizen, Angriffe auf Ebola-Einsatzkräfte und Proteste der Bevölkerung bedrohen die erzielten Fortschritte. Die Bevölkerung ist teilweise sehr skeptisch gegenüber den medizinischen Maßnahmen. Ebola hat gleichzeitig auch den Geldfluss in der betroffenen Region enorm gesteigert. Mit dem den hohen Summen, die über die verschiedenen Geldgeber in die Region kommen, werden neben der medizinischen Versorgung der Bevölkerung auch Geschäfte und Profite gemacht. Problematisch dabei ist, dass es keine einheitliche Strategie – weder national noch international – zur Bekämpfung des Ebola-Virus gibt, was wiederum Korruption und den nicht geprüften Geldabfluss begünstigt.

Regionale Dynamiken

Die anhaltenden Konflikte in den Grenzregionen des Landes spiegeln die regionale Instabilität wider und tragen zu neuen Gewaltausbrüchen bei. Nachbarländer wie Ruanda und Uganda haben in regelmäßigen Abständen kongolesische Rebellen unterstützt und das Sicherheitsvakuum hat die Entstehung von über 120 lokalen und zum Teil überregionalen Milizen begünstigt. Die regionale Achse Ruanda-Uganda-Angola ist mit Skepsis bezüglich ihrer Interessen für einen stabilen Kongo zu sehen.

Die politische Annäherung zwischen der DR Kongo und Ruanda verursacht regionalen Ärger und Unfrieden vor allem bei den Nachbarländern Burundi und Uganda. Ein Anzeichen dafür ist die Ausweisung kongolesischer Studenten aus Burundi. Burundi hat Anfang Oktober innerhalb von wenigen Tagen die Gültigkeit des „Laissez-Passer“-Dokuments⁵ für kongolesische Staatsangehörige aufgekündigt, was zu einer hohen Ausweisung vor allem von in Burundi studierenden Kongolesen geführt hat. Zudem machten burundische Sicherheitskräfte Razzien in den kongolesischen Viertel in Burundis Hauptstadt Bujumbura und wiesen viele Kongolesen aus, die keine gültigen Papiere mehr besaßen.

⁵ Ein Reisedokument für visafreies Reisen in der Wirtschaftsgemeinschaft der Länder der Großen Seen (CPGL).